Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 50 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14 Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 22. | Dresden, Sonnabend den 27. Januar 1912. | 23. Jahrg.

Der neue Reichstag.

Stimmen der Presse.

Die konservativen und klerikalen Blätter sind über das Endergebnis der Reichstagswahlen völlig aus dem Häuschen. Sie ergehen sich in stöhnendem Jammer ob der „ernsten Zeiten", ob des roten Reichstags. Sie suchen aber Linderung ihres unsäglichen Leides in allerlei Betrachtungen darüber, daß es noch schlimmer hätte werden können und daß eine sichere Mehrheit der liberalen Parteien und der Sozialdemokratie auch nicht zustande komme.

Die konservative **Kreuzzeitung** wütet besonders gegen die Liberalen. Sie spricht nur noch vom „liberalen Lakaientum", von dem „von der Sozialdemokratie ausgehaltenen Liberalismus". Das Heydebrand-Organ sagt: „Die sozialdemokratischen Ketten werden sich bei der bürgerlichen Linken schon beizeiten recht fühlbar machen. Der rote Reichstag, dem durch die Präsidentenwahl in der Tat die ihm gebührende Signatur aufgeprägt werden sollte, wird für den deutschen Liberalismus keine ruhmreiche Aera bedeuten." Aus derartigen Bemerkungen spricht doch nur der wilde Groll, daß die Liberalen bis zu einem gewissen Grade es satt bekommen haben, immer nur die Lakaien **der Junker** zu sein. Ob die neue Aera für den Liberalismus ruhmreich sein wird oder nicht, das hängt ganz von den liberalen Parteien ab. Sie brauchen nur dafür zu sorgen, daß die Kreuzzeitung immer recht unzufrieden mit ihnen ist!

Die Deutsche Tageszeitung gießt die Schale ihres Zornes **über die Regierung** aus. Dr. Oertel mißt nicht den Sünden des Agrariertums, sondern dem nicht genügenden Eintreten der Reichsregierung für diese Sünden „die Schuld, die Hauptschuld, **die schwerste Schuld an diesem unseligen und unheimlichen Ausgange**" bei. Wir entnehmen der Oertelschen Schmäh-Epistel einige Sätze:

„Nicht gegen die Parteien hat sich der gegnerische Ansturm besonders und in erster Linie gerichtet, sondern gegen die Finanzreform und die Dinge, die damit zusammenhängen. Die Regierung hat lange, lange Zeit stillschweigend geduldet, daß die Finanzreformgegner die Köpfe verwirrte und die Leidenschaften entflammte. Als sie endlich das Wort ergriff, war es zu spät. Und das, was sie sagte, war schwächlich und lahm. Die Regierung hat gegen die sozialdemokratische Volksvergiftung lange, lange Zeit hindurch kein ernstes, kein scharfes Wort gefunden. Als sie es endlich fand, war es zu spät. Sie mußte verhüten, daß die Sozialdemokratie als gleichberechtigte Partei gewertet und als „großartige Bewegung" gepriesen wurde. Sie hat es nicht getan. Sie hat dem Taumel, dem Rummel, der Hetze kühl zugeschaut. Noch wenige Tage vor der Wahl hat sie ihrer Befriedigung darüber Ausdruck gegeben, daß die Wahlbewegung verhältnismäßig ruhig und harmlos verlaufe und daß das Ergebnis der Wahl „unbeirrt" sein werde, weil keine besondere Wahlparole ausgegeben sei. Nachher wurde es ihr freilich selbst bei dieser Gleichgültigkeit etwas bange, und sie begann zu warnen, zu mahnen — als es zu spät war."

Der Herr Dr. Oertel wird ja selbst wieder im Reichstag erscheinen, und da wird er bös die Knute über den armen Knecht Bethmann schwingen!

Auch die **Zentrumsblätter** betonen „die Schuld der Regierung". Die **Germania** stöhnt:

„Für das deutsche Volk und auch für die Regierung des Deutschen Reiches kann es nicht gleichgültig sein, daß die Sozialdemokratie es zu einer Stimmenzahl von mehr als vier Millionen und zu einer Mandatsziffer von 110 Mitgliedern im Reichstage gebracht hat. Freilich, **die Regierung selbst ist schuld daran.** Sie hat mehr als zwei Jahre lang die Verhetzung des Volkes, die nicht allein durch die Sozialdemokraten, sondern auch durch die Liberalen systematisch und mit allem demagogischen Raffinement betrieben wurde, ruhig gewähren lassen, statt ihrerseits rechtzeitig und mit allem Nachdruck Aufklärung für das Volk, namentlich hinsichtlich der Finanzreform, zu schaffen."

Die **Kölnische Volkszeitung** schimpft über „das schmähliche Verhalten der liberalen Parteien" und läßt sich durch ihren Ärger zu nationalistischem Gerede gegen die Sozialdemokratie treiben, wie es ihr selbst zu ihrem Verdruß so oft von andern Chauvinisten zugefügt wurde: Die 110 sozialdemokratischen Mandate dienen „zum Vergnügen unserer Gönner und Freunde im Auslande". Weiter führt das leitende Zentrumsblatt aus, daß der Reichstag keine sicheren Mehrheiten aufzuweisen habe und daß man gespannt sein könne, wie es nun im Reichstage weiter gehen werde.

Die **linksliberale Presse** dagegen schließt sich der Losung an, die die **Sozialdemokratie** bereits ausgegeben hat, und ruft nach **aktiver Arbeit** auf verschiedenen wichtigen Gesetzgebungsgebieten.

Das **Berliner Tageblatt** schreibt u. a.:

„Die Frage war: Soll die schwarzblaue Mehrheit weiter regieren? Die Wählerschaft antwortete darauf mit 7½ Millionen Nein gegen 4,7 Millionen Ja. Die 7½ Millionen Nein setzen sich um in knapp gerechnet — 200 Mandate, die 4,7 Millionen Ja in 190 Mandate. **Das Verhältnis der Mandate zur Zahl der Wählerstimmen schreit zum Himmel** und wenn die neue Mehrheit von einem ebenso einheitlichen und rücksichtslosen Willen beseelt wäre wie der schwarzblaue Block, den sie verdrängt hat, so würde sie wissen, was ihr obliegt. Sie hätte schonungslos und ohne alle Sentimentalität alles daranzusetzen, um die himmelschreiende Ungerechtigkeit der Wahlkreiseinteilung zu beseitigen und dafür zu sorgen, daß eine überwältigende Mehrheit von Wählerstimmen sich in Zukunft nicht mehr auszudrücken braucht in einer knappen Mehrheit von Mandaten."

Das Berliner Tageblatt gibt dann selbst zu, daß die Mehrheit der Linken gar nicht so knapp hätte werden müssen, wenn die liberalen Wähler besser bei der Stange geblieben wären. Die Nationalliberalen werden aber jedenfalls bald in die Lage versetzt sein, in der Frage der Neueinteilung der Wahlkreise ihre liberale Zuverlässigkeit zu erweisen.

Die Frankfurter Zeitung führt aus:

„Es sind ja eine ganze Anzahl von Gesetzgebungsproblemen in der Schwebe, die eine liberale Gestaltung erheischen, es sei nur erinnert an die Anregungen auf bessere Durchführung des Konstitutionalismus durch Vermehrung der parlamentarischen Rechte des Reichstags, an die Justiz- und Verwaltungsreform, an die Handelsvertragspolitik usw. Eine erhebliche Rolle wird im neuen Reichstage auch die Wahlrechtsfrage spielen, da sich abermals gezeigt hat, wie sehr die längst nicht mehr zeitgemäße alte Wahlkreiseinteilung die Wahlstimmung verfälscht und die Gleichheit des Wahlrechts tatsächlich aufhebt. Wenn die Parteien der Linken mit 7½ gegen 4¾ Millionen Stimmen nur gerade knapp die Mehrheit erhalten haben, und die liberalen Parteien dabei noch eine Mandatsverminderung erleiden, so ist das offenbar kein gerechtes Verhältnis. Der neue Reichstag wird hier vor allem auf eine Reform zu dringen und überhaupt zu prüfen haben, wie sich allgemein eine gleichmäßigere Vertretung der Wähler, wobei die Frage des Proporzes an erster Stelle steht, durchführen läßt. Der Reichstag hat die Möglichkeit, fruchtbare, segensbringende Arbeit zu leisten. Wir hoffen, daß er die in ihn gesetzten Hoffnungen zum Nutzen des Volkes erfüllen wird."

Die Berliner Volkszeitung (demokratisch):

„Mit Stolz bekennen wir es vom deutschen Volke: Alle Machenschaften der reaktionären Geistesknebelung, alle junkerliche Korruption, alle pfäffische List und Tücke, aller Terrorismus der herrschenden Klingel, alle Verdummungspolitik der „parteilosen" und „unpolitischen" Presse — alle diese verwerflichen Mittel und Schliche der volksfeindlichen Mächte haben es nicht vermocht, die Mehrheit des deutschen Volkes über die Natur seiner offenen und heimlichen Feinde zu täuschen. Der Tag des Gerichts hat erfüllt, was alle wohlgesinnten, alle wahrhaft nationalen Vaterlandsfreunde von ihm erwartet haben. Die Koalition der reaktionären junkerlichen und klerikalen Parteien, diese auf Gegenseitigkeit aufgebaute Gesellschaft zur geistigen Knebelung, zur wirtschaftlichen Ausbeutung und zur Steuerausraubung des Volkes — seit gestern liegt sie zerschunden und zertreten am Boden. Von Rechts und von Vernunfts wegen!"

Die Vossische Zeitung (Fortschrittliche Volkszeitung):

„Was man auf der Linken kaum noch zu hoffen wagte, das ist Wahrheit und Wirklichkeit geworden: **die bisherige Mehrheit ist zertrümmert worden**; die Gruppen, die ihr gegenüberstanden, haben mehr als die Hälfte der 397 Reichstagsmandate erhalten.

Das will etwas besagen, wenn man bedenkt, daß die Widersacher der Linken, die um Heydebrand und Erzberger, mit ihren polnischen und sonstigen Affiliierten bei Schluß der Legislaturperiode über 243 Sitze verfügten. Sie haben also eine vollkommene Niederlage erlitten. Sie sind vom Volk verworfen worden. Dieses Verdikt aber ist um so schärfer und bedeutsamer, je größer die Zahl derjenigen Mandate ist, die die Rechte nur der ungerechten Abgrenzung der Wahlkreise verdankt. Es fällt doppelt ins Gewicht, daß das Zentrum schwere Verluste zu beklagen hat, insbesondere Kreise wie neulich Köln und wie gestern Düsseldorf, dessen Zurückgewinnung ihm mißlungen ist. . . .

Jetzt ist die Schlacht von Philippi geschlagen, und die Konservativ-Klerikalen haben sie verloren. Statt 243 nur 193 einschließlich der Polen, Protestler, des Grafen Posadowsky und der auf 5 gestiegenen Welfen. Dafür 110 Sozialdemokraten. Die Probe auf das Exempel ist gemacht. Und am Ende wird angesichts dieses Ergebnisses seiner Politik selbst Herrn v. Heydebrand bei seiner Gottähnlichkeit bange und er kann empfinden: O quae mutatio rerum! (O welcher Umschwung der Dinge!)"

Der das gleiche Wahlrecht!

Die Ungerechtigkeit des Reichstagswahlrechts zeigt die folgende Zusammenstellung, bei der die Mandatsberechtigung der einzelnen Parteien, die sie auf Grund ihrer Stimmenzahl haben, den nun tatsächlich gewonnenen Mandaten gegenübergestellt ist.

	Mandatsberechtigung nach der Stimmenzahl in der Hauptwahl	Wirklicher Mandatsbesitz
Sozialdemokraten	138	110
Fortschrittliche Volkspartei	50	42
Demokraten	1	—
Bayrischer Bauernbund	2	3
Nationalliberale und Deutscher Bauernbund	55	47
Konservative	37	43
Reichspartei	12	14
Wirtschaftliche Vereinigung	10	10
Deutsche Reformpartei	2	3
Zentrum	66	93
Polen	14	18
Elsässer	3	5
Lothringer	2	3
Welfen	1	5
Wilde	1	2
Dänen	3	1

Die Zusammenstellung zeigt: das Reichstagswahlrecht ist alles andere, nur nicht **gleich und gerecht!** Die reaktionäre Rechte wäre völlig zerschmettert, wenn wir ein gleiches Wahlrecht gehabt hätten. Jetzt gilt es, **dies zu erringen!**

•

Zur Präsidentenfrage

schreibt die Vossische Zeitung:

„Die Zusammensetzung des Präsidiums wird eine Aenderung erfahren. Den Anspruch auf den Sitz des ersten Präsidenten haben jetzt die Parteien der neuen Mehrheit. Auf wen sie sich einigen werden, steht dahin. Auf den Grafen Schwerin-Löwitz, den Vertrauensmann des schwarzblauen Blocks, sicherlich nicht; auf den Grafen Posadowsky, der noch in Köln den Schrittmacher des Zentrums eifrig aber vergeblich gespielt hat, ebenso wenig. Aber es fehlt der Mehrheit an geeigneten Männern für den wichtigen Posten keineswegs. Sie hat Kaempf (?), Payer, den Prinzen Schönaich-Carolath und mehr zur Verfügung. Dabei versteht es sich von selbst, daß **der Sozialdemokratie mit ihren 110 Abgeordneten ein Platz im Präsidium eingeräumt werden muß**, wie in einer Reihe Landtage und wie im österreichischen Reichsrat."

Der Kurs der Parteien.

Nach einer Wahlbewegung von mehr als zweijähriger Dauer und einem Endkampf von unerhörter Heftigkeit steht nun die neue Vertretung des deutschen Volkes vollendet da. Was sie uns bringen wird, weiß keiner. Um aber wenigstens einen Zipfel vom Schleier des großen Geheimnisses zu lüften, unterzieht man allgemein ihre Mehrheitsverhältnisse der genauesten Betrachtung. Zahlen, durch allerlei Additionen und Subtraktionen gewonnen, sollen uns sagen, was das Volk vom neuen Hause zu erwarten hat.

An diesen mannigfachen Berechnungen ist so vieles trügerisch, daß man einige Mühe hat, den richtigen Kern herauszuschälen. Sicher ist zunächst, daß die liberal-sozialdemokratische Mehrheit, die von der liberalen Presse herausgerechnet worden ist, auf ziemlich schwachen Füßen steht. Die 7½ Millionen Wähler, die teils sozialdemokratisch, teils liberal gewählt haben, werden im neuen Hause über eine äußerst knappe Mehrheit der Mandate verfügen. Durch Abspringen unsicherer Kantonisten von der nationalliberalen Partei, durch zufällige Abhaltung einiger weniger Mitglieder kann die liberal-sozialdemokratische Mehrheit sich leicht bei wichtigen Gelegenheiten in eine Minderheit verwandeln.

Die liberal-sozialdemokratische Mehrheit konnte nun auch freilich von vornherein als eine positive Arbeitsmehrheit gar nicht gedacht sein. In den Fragen des Militarismus, der Zollpolitik, des Arbeiterschutzes, selbst in Steuerfragen klaffen die Gegensätze in ihr abgrundtief auseinander. Man wird froh sein müssen, wenn dieser sogenannte „Großblock" in einzelnen Fällen: bei der Aenderung der Geschäftsordnung, der Wahlkreiseinteilung, in verfassungsrechtlichen Fragen, einen geschlossenen Mehrheitswillen betätigen wird.

Die Sozialdemokratie ist auch weit davon entfernt, sich auf eine bestimmte Parteikonstellation festlegen zu wollen. Sie hat bei den Stichwahlen alles aufgeboten, um den beiden stärksten Parteirichtungen im Lande, sich selber und dem Liberalismus, die Stellung im Reichstag zu verschaffen, die ihrer Wählerzahl entspricht. Darüber hinaus sich mit dem Gesamtliberalismus zu einer dauernden Arbeitsmehrheit zu verbinden, war nicht ihre Absicht. Sie schreitet die Bahn **ihres** Programms weiter fort und sieht die Weggenossen, die sich für ein Stück der Reise zu ihr finden, ebenso ruhig kommen wie verschwinden.

Will sich der Liberalismus mit der Sozialdemokratie zu bestimmten politischen Aktionen zusammentun, so wird sich die Sozialdemokratie bei all diesen Gelegenheiten ebenso zuverlässig erweisen wie im Kampfe um den neuen Reichstag. Wird sich aber der Liberalismus unzuverlässig zeigen, so wird er damit nur zur eigenen Schwächung und zur Stärkung der Sozialdemokratie beitragen.

Das bedeutsamste Kennzeichen des neuen Hauses ist somit **nicht** die Bildung einer liberal-sozialdemokratischen Mehrheit. Dafür unterscheidet sich der neue Reichstag in anderer Beziehung gründlich von seinem Vorgänger. Der Sieg der Sozialdemokratie, ihr Emporsteigen zur stärksten Fraktion hat bewirkt, daß es **weder einen Bülowblock, noch einen schwarzblauen Block** gibt. Damit ist entschieden, **daß der Hauptverlust des Wahlkampfes die konservativ-junkerliche Rechte trifft.** Die Rechte verliert nicht nur fünfunddreißig Mandate, sondern auch ihre ausschlaggebende politische Stellung.

Im Reichstag der Hottentottenwahlen konnten die Junker nach Lust und Laune entweder die liberale Flöte oder den klerikalen Brummbaß spielen. Im Reichstag der roten Siegeswahlen bilden sie weder mit dem Zentrum noch mit den Liberalen eine Mehrheit. Der Zusammenschluß muß jetzt mindestens bis in die Mitte des Gesamtliberalismus reichen, er muß außer der Rechten Zentrum und Nationalliberale um-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19120127/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG